

# Inhalt

Vorwort . . . . .	13
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	15
Erster Teil: Forschungsgegenstand . . . . .	17
A. BVerfGE 97, 271 ff. als Bruch mit der historischen Kontinuität . . . . .	17
B. Ziel und inhaltliche Beschränkung der Untersuchung . . . . .	19
C. Forschungsstand . . . . .	20
D. Gang der Untersuchung . . . . .	23
Zweiter Teil: Entwicklung bis zur »lex trimborn« 1902 . . . . .	25
A. Historische Vorläufer der Hinterbliebenenversicherung . . . . .	25
I. Collegia tenuiorum im Altertum . . . . .	25
II. Knappschaften des Bergbaus im Mittelalter . . . . .	26
III. Zunftkassen des Handwerks . . . . .	28
IV. Hülfskassen sonstiger Arbeiter . . . . .	29
V. Witwen- und Waisenpensionsanstalten der Gelehrten . . . . .	30
B. Bismarcks Sozialgesetzgebung . . . . .	31
I. Ausgangslage: Soziale Notlage von Arbeiterwitwen, Versicherungslücke auch bei Angestellten . . . . .	31
1. Keine Hinterbliebenenrenten für Arbeiterwitwen, Fürsorge unzureichend . . . . .	33
2. Kaum private Milde tätigkeit Ende des 19. Jahrhunderts . . . . .	34
3. Stadtwitwen nur augenscheinlich notleidender als Landwitwen, junge Witwen mit Kindern in größter Not . . . . .	35
4. Messbare Folgen: Überlebenskampf der Arbeiterwitwen in Zahlen . . . . .	36
a) Erhöhte Sterblichkeit und hohe Krankheitsquote . . . . .	36
b) Erhöhte Suizidquote und hohe Quote an Vermögensdelikten . . . . .	37

II.	Erste Initiativen im Reichstag 1869–1879 . . . . .	38
III.	Kaiserliche Botschaft 1881 . . . . .	42
IV.	Gesetz betreffend die Krankenversicherung . . . . .	43
V.	Unfallversicherung . . . . .	45
VI.	Invaliditäts- und Rentenversicherung . . . . .	46
VII.	Zusammenfassung, Ausgangslage 1890 . . . . .	49
C.	Kaiser- und Kanzlerwechsel: Der » <i>Neue Kurs</i> « . . . . .	50
I.	Dringende Forderungen nach einer Einführung von Hinterbliebenenrenten im Reichstag . . . . .	52
1.	Fortgesetzter Einsatz des Eisenindustriellen Stumm-Halberg für eine Hinterbliebenenfürsorge der Industriearbeiter . . . . .	53
2.	Forderung von Witwen- und Waisenrenten als wichtigste Leistung der Rentenversicherung überhaupt . . . . .	54
3.	Votum der Sozialdemokraten für die Herabsetzung des Rentenalters . . . . .	56
4.	Frage der Finanzierung als Hauptargument . . . . .	57
II.	Die ablehnende Haltung des Staatssekretärs des Innern von Boetticher . . . . .	58
III.	Abspaltung der Seefahrt von der allgemeinen Invaliditätsversicherung und Übernahme der Witwen- und Waisenversicherung durch die Seeberufsgenossenschaft 1897 .	62
IV.	Noch keine Hinterbliebenenrenten in der versuchten Reform 1897 vorgesehen . . . . .	63
D.	Kaum Fortschritt in der großen Rentenreform 1899 . . . . .	68
I.	Rote Zahlen in den ostpreußischen Versicherungsanstalten; Ablehnung grundsätzlicher Änderungen . . . . .	69
II.	Reaktionen im Reichstag: Politische Anschauungen im Spiegelbild gesellschaftlicher Kritik . . . . .	71
1.	» <i>coûte que coûte</i> «: Sofortige Einführung von Hinterbliebenenrenten . . . . .	72
2.	Zentrum: Hinterbliebenenrenten nur für Fabrikarbeiter .	74
3.	Für die Aufschiebung einer Einführung von Hinterbliebenenrenten . . . . .	74
4.	Ergebnis: Hinterbliebenenrenten durch Rentennovelle 1899 in der Diskussion . . . . .	75
E.	Reichstagsresolution 1900 . . . . .	76
I.	Eröffnungsrede Stumm-Halbergs . . . . .	78
II.	Verteidigung des Resolutionsantrags des Zentrums durch Franz Hitze . . . . .	79

---

III.	Posadowsky-Wehner und die deutsch-konservative Partei für die Ablehnung beider Resolutionsanträge . . . . .	81
IV.	Linksliberale Parteien gespalten . . . . .	83
	1. Roesicke für Resolution Stumm-Halbergs . . . . .	83
	2. Antrag des Abgeordneten Eugen Richters: Kommission . . . . .	84
V.	Nationalliberale und Sozialdemokraten unterstützen Stumm-Halberg . . . . .	84
VI.	Fraktionslose Forderung: Breite Schichten des Mittelstandes statt Fabrikarbeiter zu versorgen . . . . .	86
VII.	Ergebnis: Resolution Stumm-Halberg und erste Anzeichen für die Forderung nach dem späteren Angestelltenversicherungsgesetz . . . . .	86
VIII.	Reaktionen auf die Resolution Stumm-Halbergs . . . . .	87
	1. Reaktionen im Reichsamt des Innern . . . . .	87
	2. Reaktionen der Öffentlichkeit: Pressepiegel . . . . .	88
	3. Veröffentlichung Prinzings: Die soziale Lage der Arbeiterwitwe . . . . .	89
F.	»lex trimborn«: Zolleinnahmen als Finanzierungsgrundlage für eine »Arbeiter-witwen- und Waisenvorsorge« . . . . .	90
I.	Erste Ideen zur Verknüpfung des neuen Zolltarifes mit einer Witwen- und Waisenversorgung . . . . .	90
II.	Erste Überlegungen zur Ausgestaltung einer Hinterbliebenenfürsorge: Prinzing und Düttmann im Vergleich . . . . .	92
	1. Versorger Personenkreis und Höhe der Kosten . . . . .	93
	2. Höhe des Witwengeldes . . . . .	95
	3. Finanzierung: Arbeitnehmer-/ Arbeitgeberbeiträge und/ oder Reichszuschuss . . . . .	96
	4. Beginn der Rentenzahlungen . . . . .	98
	5. Sonstige berücksichtigungswürdige Gesichtspunkte . . . . .	98
III.	Der neue Zolltarif . . . . .	99
	1. Posadowsky-Wehner und das Zentrum entwickeln lex trimborn . . . . .	99
	2. Pressestimmen und die unentschiedene Haltung der »Sozialen Praxis« . . . . .	105
	a) Schamtuch des Zentrums zur Verdeckung »brodvertheuernde(r) Blöße« . . . . .	105
	b) Verteidigungsversuche des isolierten Zentrums . . . . .	107
	c) Die »Sociale Praxis«: Ziel gebilligt aber Weg nicht gangbar . . . . .	108

3. Kommissionsverhandlung über den Zolltarif im Sommer	
1902 . . . . .	111
a) Carl Trimborn begründet den Zentrumsantrag von Dr.	
Heim und Genossen . . . . .	111
b) Molkenbuhr für Eventual-Antrag der Sozialdemokraten .	112
c) Konservative, Nationalliberale und Freisinnige gegen	
eine Verknüpfung der Zolltarife-Reform mit der	
Witwen- und Waisenversicherung . . . . .	113
d) Bundesrat und Staatssekretär des Reichsschatzamt	
warnen vor noch nicht absehbarer Belastung des	
Reiches . . . . .	113
e) Ergebnis: Äußerst knappe Mehrheit für Zentrumsantrag	
in zweiter Lesung . . . . .	114
4. lex trimborn: Kompromissvereinbarung von Zentrum,	
Freikonservative und Reichsregierung . . . . .	115
a) Streichung der Positionen Gerste und Hafer . . . . .	116
b) Mehreinnahmen pro Kopf . . . . .	116
5. Zweite Beratung zum Zolltarifgesetz im Reichstag . . . . .	116
a) Kompromissvorschlag Trimborns: Einschränkungen	
durch lex trimborn ermöglichen volle Zustimmung aus	
der eigenen Fraktion . . . . .	117
b) Argumente gegen den Einwand zu schwankender	
Einnahmen . . . . .	118
c) Freisinnige und Soziale Praxis gegen lex trimborn . . . .	118
d) Sozialdemokraten hielten Antrag für falsch, stimmen	
jedoch zu . . . . .	119
IV. Ergebnis: Einführungszeitpunkt geregelt . . . . .	120
Dritter Teil: Wahlkämpfe, Denkschriften und Erlass von RVO und AVG .	121
A. 1903: Hinterbliebenenversicherung als Wahlkampfthema . . . . .	121
I. Sozialdemokraten tragen »lex trimborn« in die Öffentlichkeit .	121
II. Carl Trimborn verteidigt »lex trimborn«; Unterstützung aus	
der nationalliberalen Fraktion . . . . .	123
III. Vorwürfe: Einführung erst 1910 zu spät, Finanzierungsfrage	
ungeklärt, Lücke für spätere Angestellte bleibt . . . . .	124
IV. Deutsche Reichspartei für zeitlichen Aufschub über 1910	
hinaus . . . . .	127
B. Erste Denkschriften ab 1903 von Adolf Beckmann und Paul	
Kaufmann . . . . .	128
I. Beschränkung auf Renten an invalide Witwen . . . . .	129
II. Höhe der Renten . . . . .	132

---

III.	Finanzierung der Hinterbliebenenrenten . . . . .	133
IV.	Beitragsrückerstattung, Witwengeld . . . . .	134
C.	Beteiligung der verbündeten Regierungen mit Bülows	
	Einverständnis . . . . .	135
I.	Anspruchsberechtigter Personenkreis . . . . .	138
	1. Versicherungspflicht von Industriearbeitern und Arbeitern der Land- und Forstwirtschaft . . . . .	139
	2. Ausschluss der Angestellten . . . . .	139
	3. Invalidität als Anspruchsvoraussetzung . . . . .	142
	a) Zustimmung . . . . .	142
	b) Ablehnung der Beschränkung auf Invalidenrenten . . . . .	144
	c) Definitionsvorschläge zum Invaliditätsbegriff . . . . .	148
	4. Bedürftigkeit des Witwers . . . . .	149
	5. Besonderheiten: Witwengeld, Versorgungsehe und Wiederheirat . . . . .	151
	a) Witwengeld . . . . .	151
	b) Versorgungsehe . . . . .	152
	c) Wiederheirat der Witwe . . . . .	152
II.	Unverhältnismäßigkeit von Beitrags- und Rentensätzen . . . . .	153
	1. Benachteiligung der oberen Lohnklassen . . . . .	153
	2. Missverhältnis der Hinterbliebenenrenten im Vergleich zur Invalidenrente . . . . .	155
III.	Finanzierung . . . . .	156
	1. Reichsmittel . . . . .	156
	2. Heranziehung der Gemeinden . . . . .	157
	3. Rentenversicherungsbeiträge . . . . .	157
D.	Beteiligung der verbündeten Regierungen und Einführungszeitpunkt einer Hinterbliebenenversicherung für Arbeiter . . . . .	159
I.	Mathematische Berechnungen im Reichsamt des Innern . . . . .	159
	1. Kalkulationen und Aussagen während der Amtszeit Posadowsky-Wehnners . . . . .	160
	2. Detaillierte Berechnungen und Vorlage in der Amtszeit Bethmann Hollwegs . . . . .	161
II.	Entwicklung der lex trimborn . . . . .	163
	1. Weniger als 10 Prozent der erhofften Zollmehreinnahmen . . . . .	163
	2. Kürzung der Beitragserstattung höher als ausgezahlte Hinterbliebenenrenten . . . . .	164
E.	Öffentliche Diskussion über Rentenhöhen und den anspruchsberechtigten Personenkreis . . . . .	167
I.	Geringe Frauenbeteiligung . . . . .	168

II.	Soziale Praxis für Begrenzung auf invalide oder mindestens 70 Jahre alte Witwen . . . . .	170
III.	Kleeis und andere Stimmen fordern weiteren Kreis anspruchsberechtigter Personen . . . . .	171
IV.	Mindesthöhe der Renten auf Niveau der Armenpflege . . . . .	172
F.	Gesetzgebungsprozess von RVO und AVG . . . . .	173
I.	Klassendenken war Leitgedanke beider Entwürfe . . . . .	174
1.	Die Frage der Privatbeamten in den Debatten zum E-RVO .	175
2.	Die Gründe für unterschiedliche Regelungen in RVO und AVG; Doppelversicherung . . . . .	176
II.	Rentensätze . . . . .	176
III.	Weitere Anspruchsvoraussetzungen: Invalidität und Bedürftigkeit . . . . .	177
1.	Begriff der Invalidität . . . . .	178
2.	Witwerrenten bei Bedürftigkeit . . . . .	179
IV.	Verabschiedung von RVO und AVG . . . . .	179
	Vierter Teil: Resümee . . . . .	181
	Quellenverzeichnis . . . . .	187
	Literaturverzeichnis . . . . .	189
	Personenverzeichnis (alphabetische Anordnung) . . . . .	197